

Steinherr, Alfred; Volz, Joachim

Article

Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung in der Türkei: Fortschritte bei der Reform des Bankensektors

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Steinherr, Alfred; Volz, Joachim (2005) : Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung in der Türkei: Fortschritte bei der Reform des Bankensektors, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 72, Iss. 15, pp. 237-241

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151372>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Stabilisierung der Wirtschafts- entwicklung in der Türkei – Fortschritte bei der Reform des Bankensektors

72. Jahrgang/13. April 2005

Alfred Steinherr
asteinherr
@ diw.de

Joachim Volz
jvolz@diw.de

Das Jahr 2004 hat die Türkei auch aus der Sicht der internationalen Investoren einen großen Schritt in Richtung Europäische Union vorgebracht. Im Dezember des vergangenen Jahres hat der Europäische Rat dem Land zum ersten Mal eine konkrete Beitrittsperspektive eröffnet. Gleichzeitig einigte man sich mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auf ein weiteres Beistandsabkommen, mit dem insbesondere die Bedienung der Staatsschulden in den nächsten Jahren gesichert ist. Die Folgen der schweren Finanzkrise im Jahre 2001 scheinen inzwischen weitgehend überwunden. Immer noch ist die Inflationsrate – derzeit rund 9% – zu hoch; jedoch wird es für möglich gehalten, die Maastricht-Kriterien für die öffentlichen Haushalte schon in den nächsten zwei Jahren zu erfüllen. Nach den jüngsten Zahlen lag das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr bei rund 9%; auch für dieses Jahr wird ein kräftiges Wirtschaftswachstum erwartet.

Inhalt

Stabilisierung der Wirtschafts-
entwicklung in der Türkei –
Fortschritte bei der Reform des
Bankensektors
Seite 237

Mit der vorliegenden Analyse sollen einige wichtige Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren und der Stand der durchgeführten Reformen insbesondere im Bankensektor¹ näher betrachtet werden. Es zeigt sich, dass die Wirtschaft der Türkei – auch im Vergleich zur Entwicklung in den der EU zuletzt beigetretenen Ländern – eine durchaus zufriedenstellende Entwicklung aufweist, so dass zumindest aus ökonomischer Sicht die angestrebte mittelfristige Annäherung an eine EU-Mitgliedschaft nicht unrealistisch erscheint.

Zahlenbeilage

Makroökonomischer Hintergrund

Aufgrund permanenter außenwirtschaftlicher Probleme hat die türkische Regierung schon in den 70er und 80er Jahren versucht, den Außenhandel zu liberalisieren und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu erhöhen, um ein stärker exportorientiertes Wachstum zu initiieren. Allerdings blieb der Zustrom ausländischen Kapitals trotz des raschen Abbaus der Handelsrestriktionen (Zölle, Importkontingente) und der Einführung der Konvertibilität gering. Hohe Defizite in den öffentlichen Haushalten, eine wenig flexible Wirtschaft unter starkem Einfluss des öffentlichen Sektors, zunehmende Arbeitslosigkeit und eine anhaltend hohe Inflation mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um rund 70% kennzeichneten die ökonomische Situation gegen Ende der 90er Jahre.

¹ Die Informationen zum türkischen Bankensystem beruhen zu einem wesentlichen Teil auf einer Untersuchung von Alfred Steinherr, Ali Tukul und Murat Ucer: The Turkish Banking Sector. EU-Turkey Working Papers No. 4. Centre for European Policy Studies. Brüssel, August 2004.

Tabelle 1

Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Türkei 1995 bis 2005

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	7,2	6,9	7,5	3,1	-4,7	7,4	-7,5	7,9	5,8	9,8	6,4
Privater Konsum	4,8	8,5	8,4	0,6	-2,6	6,2	-9,2	2,0	6,7	9,2	4,5
Öffentlicher Konsum	7,2	8,1	5,0	7,1	6,7	7,3	-8,7	5,3	-2,0	2,2	2,8
Anlageinvestitionen	8,9	14,2	14,7	-3,7	-15,7	16,8	-31,5	-1,3	10,2	39,9	10,2
Exporte	8,0	22,1	19,2	12,0	-7,1	19,1	7,4	11,2	16,0	14,5	13,9
Importe	29,4	20,8	22,3	2,3	-3,6	25,3	-24,8	16,0	26,8	27,0	12,1
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen BIP)	-1,6	-1,3	-1,3	1,2	-1,0	-4,9	2,5	-0,8	-2,9	-5,2	-4,5
Finanzierungssaldo des Staates (in % des nominalen BIP)	-4,1	-8,4	-8,2	-7,9	-10,1	-10,3	-15,7	-14,4	-11,4	-7,6	-5,9
Staatsverschuldung (in % des nominalen BIP)	40,8	49,7	48,0	48,2	49,5	93,7	85,8	82,8	74,8	70,4	76,8
Arbeitslosenquote (in %)	7,5	6,5	6,7	6,7	7,5	6,3	8,2	10,1	10,3	9,5	10,0
Verbraucherpreise (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	89,1	80,4	85,7	84,6	64,9	54,9	54,4	45,0	25,3	10,7	8,6
Kurzfristige Zinsen (in %)	38,9	92,4	59,5	38,5	22,5	14,7
Langfristige Zinsen (in %)	37,7	99,6	63,5	44,1	24,2	16,5
Wechselkurs (Lira je US-Dollar)	45 738	81 281	151 595	260 473	418 984	624 325	1 228 269	1 512 342	1 502 542	1 437 340	1 526 498

Quellen: OECD; Deutsche Bank Research.

DIW Berlin 2005

Seit dem Frühjahr 1999 versuchte die Regierung daher mit finanzieller Unterstützung des IWF, die Inflation rasch zurückzuführen, den Bereich der öffentlichen Unternehmen umzustrukturieren und die öffentlichen Haushalte zu sanieren. Da aber die Reformen nur halbherzig waren und nicht allgemein akzeptiert wurden, nahm das Misstrauen in die türkische Währung rasch wieder zu, und trotz exorbitanter Zinssteigerungen musste der Wechselkurs im Februar 2001 freigegeben werden.

Der anschließende zweite Reformanlauf verlief erfolgreicher: Die Leistungsbilanz entwickelte sich zunächst günstig, die Reformen im öffentlichen Sektor kamen rasch voran, und die Errichtung einer unabhängigen Zentralbank stärkte das Vertrauen in die Ernsthaftigkeit und Dauerhaftigkeit der wirtschaftspolitischen Anstrengungen. Hierzu trug auch bei, dass ein sozialer Konsens angestrebt wurde, der die Preis- und Lohnpolitik stärker in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung einbinden sollte. Problematisch war, dass sich die Leistungsbilanz – vor allem wegen der anhaltend hohen Defizite in der Warenbilanz – nicht dauerhaft aktivieren ließ. Mit der erhöhten Attraktivität der mittel- und osteuropäischen Länder infolge der politischen Wende und den dadurch ausgelösten umfangreichen Reformen in der Wirtschaft sowie mit der Aussicht auf einen baldigen EU-Beitritt wurden diese Länder für ausländische Direktinvestitionen interessanter als die Türkei. Grund für deren relativ schlechte Performance dürften sowohl die zögerliche Privatisierung als auch die unübersichtliche Organisation und mangelnde Verlässlichkeit der türkischen Bürokratie gewesen sein.²

Von der Krise zu wirksamen Reformen

Inzwischen hat sich die ökonomische Lage in der Türkei stabilisiert und normalisiert (Tabelle 1). Bereits im Verlauf des vergangenen Jahres ist es gelungen, die Inflationsrate mit 9,3 % wieder in den einstelligen Bereich zurückzuführen – den niedrigsten Wert seit fast 30 Jahren. Die Mechanismen der Preisbildung sind flexibler geworden, auch wenn es etwa im Bereich der Energiepreise aus sozialpolitischen Gründen immer noch hohe Subventionen gibt. Wichtige Bereiche – insbesondere der Agrar-, der Telekom- und auch der Energiebereich – sind bereits deutlich dereguliert worden. Damit verbunden sind erhebliche Einsparungen in den öffentlichen Budgets, was wiederum zu einer besseren Entwicklung der Haushaltssalden geführt hat.

Noch nicht gelöst sind die regionalpolitischen Probleme, die sich vor allem in dem großen ökonomischen Rückstand im Osten und Südosten des Landes manifestieren. Die EU leistet zwar finanzielle Hilfen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro pro Jahr, jedoch mangelt es der Türkei noch an entsprechenden Entwicklungskonzepten und an der jeweils erforderlichen Bereitstellung der geforderten Eigenbeiträge.

² Vgl. zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Türkei bis zum Beginn der 90er Jahre auch die Untersuchungen von Siegfried Schultz: Türkei: Stärkung der außenwirtschaftlichen Flanke erforderlich. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 5/2002; sowie: EU-Beitrittskandidat Türkei – Ökonomische Kriterien noch außer Reichweite. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 21/2003.

Zum Stand der Bankenreform

Ein wenig effizientes und risikoanfälliges Bankensystem war schon Ursache dafür gewesen, dass das erste Stabilisierungsprogramm Ende 1999 beendet werden musste und es zu neuen Auflagen seitens des IWF kam. Sowohl Probleme der Währungsstabilisierung als auch des „mismatches“ (von Fristigkeiten) vor allem im Hinblick auf die Liquiditätslage des Bankensystems verstärkten die Krisenanfälligkeit der türkischen Wirtschaft, insbesondere als es weltweit nach dem Boom im Jahre 2000 und der anschließenden Schwäche- und Krisenperiode zu einer Neuorientierung der internationalen Finanzströme kam. Der Versuch eines „inflation-targeting“ durch die Zentralbank konnte angesichts der bestehenden Probleme im Bankensystem nicht gelingen. Allerdings war es bei hoher Staatsverschuldung und Inflation kaum möglich, ein gesundes Bankensystem zu entwickeln.

Das Zurückdrängen der Inflation war damit auch eine Voraussetzung dafür, das Bankensystem reformieren und stabilisieren zu können. Wie ist nun der Stand der Reformbemühungen?

Die Ausgangssituation in den späten 90er Jahren war vor allem durch die Situation einer weichen Budgetbeschränkung – im Sinne von „leben und leben lassen“ – charakterisiert, wobei dem Schatzamt als größtem Kreditnehmer die Banken als wichtigste Kreditgeber gegenüberstanden, die sich – bei chronischem Eigenkapitalmangel – wiederum überwiegend über das Ausland refinanzierten. Der Anteil inländischer privater Anleihen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nahm in der zweiten Hälfte der 90er Jahre sogar noch ab und verringerte sich auf weniger als 20 % in den Jahren 2001 und 2002.

Das IWF-Programm von 1999 setzte daher auch an einer Stärkung der Eigenkapitalbasis des Bankensystems an. Mit einem ehrgeizigen Programm zur Restrukturierung des türkischen Bankensystems (TBS) wurde angestrebt, die Rendite zu erhöhen und dies zu einer verbesserten Kapitalisierung der Banken zu nutzen. Um die Reformen außenwirtschaftlich abzusichern, wurden nicht nur IWF-Kredite gewährt, sondern es sollte auch die Wechselkursstabilisierung flexibel – und mögliche Schocks abfedernd – durchgeführt werden können, indem etwa erlaubt wurde, die Schwankungsbreite des Wechselkurses für eine Zeit bis zu 18 Monaten zu erweitern. Im Zentrum der Reformen selbst stand die Schaffung einer unabhängigen Agentur zur Bankenregulierung und Überwachung (ABRÜ).

Infolge der schlechten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gelang dieser erste „Reformanlauf“ aber

Tabelle 2

Kosten der Krise des türkischen Bankensystems

	In Mrd. US-Dollar	In % des BIP
Kosten für das Schatzamt	43,7	29,5
Restrukturierung der Staatsbanken	21,9	14,8
Kosten der Übernahme privater Banken in den Spar- und Einlagensicherungsfonds	21,8	14,7
Kosten für den privaten Sektor	9,5	6,4
Vom Spar- und Einlagensicherungsfonds getragene Kosten	6,7	4,5
Kapitalnachschüsse der Anteilseigner	2,8	1,9
Insgesamt	53,2	35,9

Quelle: BRSA: Efforts to Strengthen the TBS after the IMAR Bank Episode. Report by Ercan Turckan. Ankara, Oktober 2003. Zitiert nach Alfred Steinherr et al., a. a. O., S. 5.

DIW Berlin 2005

nicht. Im Gegenteil, es wurde eine massive Bereitstellung öffentlicher Mittel in das Bankensystem zu dessen Konsolidierung in einer Größenordnung von rund 35 % des Bruttoinlandsprodukts von 2001 erzwungen (Tabelle 2). Die türkische Bankenkrise war damit eine der teuersten in der jüngeren Geschichte. Immerhin führte dies zu einer Konsolidierung des Bankensektors, der dann mit modernen, internationalen Standards entsprechenden Strukturen aus der Krise herausging.

Im Vordergrund standen die Restrukturierung der staatlichen Banken, der Verkauf zahlreicher Privatbanken (die Möglichkeit, diese in Insolvenz gehen zu lassen, wurde nach Möglichkeit vermieden, wodurch der Prozess allerdings in die Länge gezogen wurde), die Stärkung der im Privatbankenbereich verbleibenden Banken über höheres Eigenkapital (Tabelle 3) und bessere Finanzierungsstrukturen³ sowie eine Verbesserung des regulativen und aufsichtsrechtlichen Rahmens für den Bankensektor.

Bis Anfang 2004 ging die Zahl privater Geschäftsbanken auf 18 zurück; die verbliebenen Banken können als weitgehend stabilisiert gelten, obwohl es bei einzelnen von ihnen – etwa bei der IMAR-Bank – noch zu Problemen kam. Die im Bankensystem noch vorhandenen Kreditrisiken dürften inzwischen allenfalls 5 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen und sind damit im Vergleich zu den erwähnten Gesamtkosten der Konsolidierung verhältnismäßig gering. Im Vergleich zu den im vergangenen Jahr beigetretenen Ländern Tschechien, Polen, Slowakei, Slowenien und Ungarn (MOE-5) ist das türkische Bankensystem al-

³ Nach der sog. Istanbuler Vereinbarung war auch vorgesehen, im Bereich der privaten Banken „faule“ Kredite bzw. nicht bediente Anleihen aus den Bankenbilanzen herauszunehmen und durch Finanzierungshilfen internationaler Institutionen zu ersetzen. Dies gelang aber nur teilweise. Stattdessen wurden vielfach lediglich die Rückzahlungsfristen verlängert und damit die Probleme teilweise in die Zukunft verschoben.

Tabelle 3

Risikoindikatoren für das türkische Bankensystem

	„Fauler“ Kredite			Risikovorsorge (in % der „faulen“ Kredite)		
	Dezember 2001	Dezember 2002	Dezember 2003	Dezember 2001	Dezember 2002	Dezember 2003
Staatsbanken	37,3	37,4	26,2	62,7	73,9	97,6
Private Banken	27,6	8,9	6,5	31,5	53,0	80,0
Auslandsbanken	5,5	4,9	4,3	75,6	77,7	78,5
Investmentbanken	10,7	4,0	3,5	82,3	64,2	90,3
Banken unter Kontrolle des SDIF ¹	67,3	69,4	53,8	55,9	60,5	75,4
Insgesamt	29,3	17,6	11,5	47,1	64,2	88,5

¹ Spar- und Einlagensicherungsfonds.

Quelle: BRSA Annual Report 2003. Zitiert nach Alfred Steinherr et al., a. a. O., S. 18.

DIW Berlin 2005

lerdings noch weniger entwickelt. Sowohl die Zahl der Banken als auch die Höhe der Bankaktiva im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (rund 60 %) sind relativ gering, der Anteil der im Staatsbesitz befindlichen Banken ist dagegen mit rund einem Drittel vergleichsweise hoch. Auffällig ist auch der hohe Anteil öffentlicher Anleihen im Portefeuille der Banken (2003 rund 44 %, bei der staatlichen Bank Halkbank sogar 80 %).

Teilerfolge der Restrukturierung des türkischen Bankensystems

Das reale Zinsniveau, das im Gefolge der Krise 2002 bis auf 32 % gestiegen war, hat sich mit der wirtschaftlichen Stabilisierung wieder normalisiert. Mitte 2004 lag der Realzinssatz bei 12 %; inzwischen dürfte er unter 10 % gesunken sein.

Gleichzeitig hat sich die Zusammensetzung der Bankaktiva positiv verändert: So nahm der Anteil privater Konsumentenkredite kräftig zu; gleichzeitig ging der Anteil öffentlicher Anleihen zurück. Obwohl offiziell keine bedingungslosen Garantien für Einlagen im staatlichen Bankenbereich mehr bestehen, ist in der Öffentlichkeit immer noch der Eindruck verbreitet, es gäbe de facto weiterhin derartige Garantien, so dass die privaten Banken insoweit noch benachteiligt sind. Die öffentlichen Banken weisen jedoch – etwa im Servicebereich und bei der Innovationsfreudigkeit – andere Nachteile auf. Vielfach wird daher gefordert, den Bereich der staatlichen Banken zu reduzieren. Diese sollten sich auf Kernbereiche wie die Unterstützung des landwirtschaftlichen Sektors und die Vergabe spezieller Kredite im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen beschränken. Allerdings müssten die staatlichen Banken zuvor beweisen, dass sie im Wettbewerb bestehen können. Infrage gestellt werden muss dabei das Monopol bei der Vergabe von Krediten an staatliche Unternehmen und

Stiftungen. Auch ist es erforderlich, deren Kreditwürdigkeit künftig zu überprüfen, waren doch zahlreiche Kreditvergaben politisch motiviert und wären bei normaler Bonitätsprüfung kaum erfolgt.⁴

Zu lösen ist für den Bankensektor außerdem noch das Problem der hohen Belastung mit Steuern und Abgaben, durch die im Einzelfall die Kosten eines Kredits in türkischer Währung um über 50 % steigen können.⁵ Damit wird die Expansion des Kreditvolumens erheblich behindert. Auch haben die türkischen Banken dadurch in beträchtlichem Umfang Einlagen und Kredite an Banken und Finanzinstitutionen im Ausland verloren; teilweise führte dies dort auch zur Gründung von Tochtergesellschaften türkischer Banken. Ende 2002 wurden bereits rund 40 % der Kredite der Banken, die überwiegend an türkische Unternehmen gingen, über ausländische Tochterunternehmen oder Finanzinstitutionen aufgenommen.

Zumindest im Bereich der privaten Banken scheinen die Effizienz und Produktivität heute durchaus mit dem EU-Standard vergleichbar. So lag die Kosten-Erlös-Relation 2003 bei den vier größten Banken zwischen 30 und 70 % (Durchschnitt der EU rund 61 %). Auch ist die Produktivität, gemessen etwa am Verhältnis der Einlagen zur Zahl der Beschäftigten, in den letzten Jahren stark gestiegen, liegt aber immer noch deutlich unter der von westlichen Bankensystemen (gemessen an der Produktivität des US-Bankensystems etwa bei 42 %). Viele Finanzmarktleistungen sind noch unzureichend entwickelt, so dass vor allem große türkische Unternehmen es vorziehen, die Dienste ausländischer Banken in Anspruch zu nehmen.

⁴ Vgl. R. Gönenc, W. Leibfritz und Erdal Yilmaz: Reforming Turkey's Public Expenditure Management. OECD, Economics Department Working Papers No. 418. Paris 2005.

⁵ Alfred Steinherr et al., a. a. O., S. 20.

Im Hinblick auf eine künftige Mitgliedschaft in der EU ist ein Vergleich der Aktivitäten ausländischer Banken in der Türkei mit deren entsprechenden Aktivitäten in den neuen MOE-5-Ländern von großem Interesse. Obwohl der Zugang zum TBS in den letzten 25 Jahren bereits weitgehend liberalisiert wurde, sind ausländische Banken an den Aktivitäten des gesamten Bankensektors nur mit rund 5 % beteiligt. Dies ist etwa die gleiche Größenordnung wie bei der Aktivität ausländischer Banken in Deutschland, im Vergleich zur Aktivität ausländischer Banken in den neuen Beitrittsländern aber wenig. Hier war allerdings der Bereich privater Banken völlig neu aufzubauen, und es lag nahe, von Beginn an ausländische Banken als strategische Investoren einzubinden.

Künftige Reformerfordernisse

Um den türkischen Bankensektor weiterzuentwickeln, ist es vor allem erforderlich,

- die Kosten der Banktransaktionen zu reduzieren (geringere Reservehaltungserfordernisse, Angleichung der Steuern und Gebühren an die EU-USancen),
- mehr Transparenz zu schaffen (konsolidierte Bilanzen, auch wegen der zahlreichen Tochterunternehmen türkischer Banken im Ausland),
- den Kapitalmarkt zu stärken (die Entscheidung, ab 1. Januar 2005 die Aufsicht über den Kapitalmarkt vom Schatzamt auf das ABRÜ zu übertragen, ist ein richtiger Schritt zu größerer Neutralität des Staates),
- ausländische Investoren zu ermutigen, sich am weiteren Konsolidierungsprozess des Bankensystems zu beteiligen,
- die Kreditvergabe an die kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken, wobei entsprechende Überwachungsfunktionen zu entwickeln sind, sowie
- dem Eindruck eines immer noch zu hohen staatlichen Einflusses entgegenzuwirken. So wäre es sicher unvorteilhaft, wenn bei der gegenwärtig geplanten Privatisierung der Türk Telekom ausgerechnet die Rentenkasse der Streitkräfte den Zuschlag bekäme, die dem Verteidigungsministerium untersteht und keine Staatsferne gewährleisten dürfte.

Schließlich ist zu fragen, ob das türkische Bankensystem bis 2007 die Verpflichtungen des Basel-II-Standards erfüllen kann. Höhere Eigenkapitalerfor-

dernisse stellen die türkischen Banken vor ähnliche Probleme wie andere Länder. Ein Vorteil wäre aber, dass es den Banken erleichtert würde, ein höheres „Rating“ zu erreichen, wobei sie bisher zu meist gegenüber den staatlichen Banken diskriminiert waren.

Die gegenwärtig gute makroökonomische Performance dürfte das Vertrauen in die türkische Wirtschaft stärken und schließlich auch zu höheren Einlagen bei den Banken führen. Das Wirtschaftswachstum ist mit jährlich rund 9 % anhaltend kräftig, und das Haushaltsdefizit liegt auf dem niedrigsten Stand seit 2001. Sorge bereitet lediglich die Entwicklung der Leistungsbilanz, deren Defizit sich im vergangenen Jahr mit über 15 Mrd. US-Dollar gegenüber 2003 fast verdoppelte.

Fazit

Vergleicht man den Stand der Reformen in der Türkei und insbesondere des Bankensystems mit dem entsprechenden Stand in den MOE-5-Ländern vor zehn Jahren – so weit dürfte etwa der Zeithorizont eines EU-Beitritts für die Türkei aus heutiger Sicht reichen –, kommt man zu einem durchaus positiven Ergebnis. Wichtig ist vor allem, dass es gelingt, den staatlichen Einfluss weiter zu reduzieren und die makroökonomische Stabilität – insbesondere im außenwirtschaftlichen Bereich – zu gewährleisten.

Vor allem die Entwicklung seit Mitte 2003 gibt Anlass zur Hoffnung, dass in die Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in der Türkei ein neues dynamisches Element gekommen ist. Der Aktienindex hat sich fast verdreifacht, und der Wechselkurs oszilliert seit 2001 um die Marke von 0,70 US-Dollar je neue türkische Lira.⁶ Die internationale Bonitätseinstufung der Türkei ist gestiegen,⁷ wenn auch mit einem Rating von zumeist „BB“ noch nicht befriedigend, und die langfristigen Zinsen haben sich in den letzten vier Jahren annähernd halbiert; real liegen sie nunmehr – nach bis zu 40 % im Jahre 2001 – bei etwa 8 %. Das Zentralbankgesetz der Türkei wird weitgehend von der Europäischen Zentralbank akzeptiert. Hält die positive Entwicklung der Reformen an und gelingt die angestrebte weiche Landung der Konjunktur,⁸ dürfte der geplanten Aufnahme von Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 nur wenig entgegenstehen.

⁶ Die türkische Währung wurde zum 1. Januar 2005 von alter auf neue Lira im Verhältnis 1 000 000:1 umgestellt.

⁷ Vgl.: Türkei lockt internationales Kapital an. In: Handelsblatt vom 18./19. Februar 2005, S. 33.

⁸ Die jüngsten Umfragen scheinen dies zu bestätigen. Vgl. etwa Nachrichten für den Außenhandel vom 10. März 2005: Industrie plant umfassende Investitionen.



Hinweis auf eine Veranstaltung

Industrietagung des DIW Berlin

12. und 13. Mai 2005

Moderation: Prof. Dr. Axel Werwatz,
Leiter der Abteilung Innovation, Industrie und Dienstleistungen

Vorläufiges Programm

Donnerstag, 12. Mai 2005

- 10.00 Uhr Dr. Susanne Maria Schmidt, Geschäftsführerin des DIW Berlin: *Eröffnung*
10.15 Uhr Prof. Dr. Alfred Steinherr, Leiter der Abteilung Konjunktur des DIW Berlin: „*Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft*“
11.00 Uhr Dr. Dorothea Lucke, DIW Berlin: *Vorstellung der Branchenprognosen des DIW Berlin*
12.00 Uhr Das DIW Berlin lädt zum Büfett ein
13.00 Uhr *Vorträge der Branchenreferenten*: Ernährungsgewerbe, Druckindustrie, Luft- und Raumfahrzeugbau, Schienenfahrzeugbau, Bergbau, Steine und Erden
14.30 Uhr Kaffeepause
14.45 Uhr *Vorträge der Branchenreferenten – Zulieferindustrie*: Stahl- und Metallverarbeitung, Gießereien, Gummiverarbeitung, Kunststoffverarbeitung; Glasgewerbe, Eisenschaffende Industrie, Energieversorgung
16.15 Uhr Kaffeepause
16.30 Uhr *Vorträge der Branchenreferenten*: Chemische Industrie, Bauindustrie
18.00 Uhr Ende erster Tag

Freitag, 13. Mai 2005

- 9.00 Uhr *Vorträge der Branchenreferenten*: Kraftfahrzeugbau, Maschinenbau, Elektrotechnik
11.15 Uhr Kaffeepause
11.45 Uhr *Pressekonferenz* mit Vorstellung der Prognosen
12.30 Uhr Das DIW Berlin lädt zum Büfett ein
13.30 Uhr Prof. Dr. Axel Werwatz: *Einführung in das Schwerpunktthema*
13.45 Uhr Dr. Norbert Bensel, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bahn AG: „*Arbeitszeitdebatte*“
14.45 Uhr Kaffeepause
15.00 Uhr Prof. Dr. Axel Werwatz: *Korreferat zur „Arbeitszeitdebatte“*
17.00 Uhr Ende zweiter Tag

Tagungsort

Manzini Mitte
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin-Mitte

Tagungsbeitrag

Der Tagungsbeitrag beträgt 500 Euro für beide Tage bzw. 300 Euro für einen Tag. Für Mitglieder der Vereinigung der Freunde des DIW Berlin (VdF) und die Branchenreferenten ist die Teilnahme kostenfrei.

Kontakt und Anmeldung

Ihre Anmeldung bzw. Online-Anmeldung (www.diw.de/industrietagung) richten Sie bitte an Ralf Messer, DIW Berlin, Stabsabteilung Information und Organisation
Tel. +49 - 30 - 897 89-569, Fax +49 - 30 - 897 89-119, E-Mail: industrietagung@diw.de

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88 *dtms/12 Cent/min.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Deutschland Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragsengang (Volumen) ²															
	in 1 000				Verarbeitendes Gewerbe					Vorleistungsgüter-					Investitionsgüter-		Gebrauchsgüter-		Verbrauchsgüter-	
					Insgesamt		Inland		Ausland			produzenten		produzenten			produzenten		produzenten	
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
2003	J	4 318	391	379	98,1	93,3	104,2	97,6	99,4	99,4	98,5	89,0	87,6	88,0	87,6	98,5	100,0	97,6	97,6	
	F	4 365	4 334	385	98,4	94,7	103,0	102,3	100,4	100,4	88,0	87,6	88,0	87,6	88,0	87,6	100,0	97,6	97,6	
	M	4 389	371	371	94,6	90,7	99,6	95,0	95,3	95,3	85,7	94,3	85,7	94,3	85,7	94,3	94,3	94,3	94,3	
	A	4 405	365	365	96,9	92,7	102,1	96,1	98,4	98,4	86,8	96,5	86,8	96,5	86,8	96,5	96,5	96,5	96,5	
	M	4 398	4 396	359	93,1	91,7	94,8	93,7	93,1	93,1	83,9	84,6	83,9	84,6	83,9	84,6	95,6	96,6	96,6	
	J	4 381	346	346	97,3	93,0	102,7	96,1	99,5	99,5	83,2	97,7	83,2	97,7	83,2	97,7	97,7	97,7	97,7	
	J	4 386	346	346	97,3	93,0	102,7	96,1	98,0	98,0	88,5	96,5	88,5	96,5	88,5	96,5	96,5	96,5	96,5	
	A	4 392	341	343	97,3	92,2	103,6	97,2	98,4	98,4	85,7	87,4	85,7	87,4	85,7	87,4	96,6	96,6	96,6	
	S	4 394	337	337	98,7	94,2	104,3	98,6	100,2	100,2	86,0	95,7	86,0	95,7	86,0	95,7	95,7	95,7	95,7	
	O	4 399	333	333	99,7	94,7	105,8	100,1	100,5	100,5	89,1	98,5	89,1	98,5	89,1	98,5	98,5	98,5	98,5	
	N	4 398	330	331	100,0	95,6	105,6	100,7	101,3	101,3	87,2	95,8	87,2	95,8	87,2	95,8	97,5	97,5	97,5	
	D	4 381	323	323	100,4	93,8	108,8	101,6	101,0	101,0	88,2	98,4	88,2	98,4	88,2	98,4	98,4	98,4	98,4	
2004	J	4 311	312	312	99,5	94,7	105,5	100,5	100,5	100,5	87,4	95,1	87,4	95,1	87,4	95,1	95,1	95,1	95,1	
	F	4 296	4 317	305	100,3	94,8	107,3	107,4	101,9	101,9	87,1	94,3	87,1	94,3	87,1	94,3	95,5	95,5	95,5	
	M	4 308	283	283	102,9	97,6	109,4	103,3	104,8	104,8	88,2	97,0	88,2	97,0	88,2	97,0	97,0	97,0	97,0	
	A	4 330	278	278	103,1	97,1	110,7	104,3	104,3	104,3	88,2	98,6	88,2	98,6	88,2	98,6	98,6	98,6	98,6	
	M	4 338	4 333	282	107,3	98,6	118,1	107,6	105,4	105,4	90,6	100,6	90,6	100,6	90,6	100,6	98,5	98,5	98,5	
	J	4 358	281	281	102,4	96,2	110,2	104,4	103,1	103,1	89,1	96,4	89,1	96,4	89,1	96,4	96,4	96,4	96,4	
	J	4 386	276	276	103,4	96,4	112,1	103,3	105,6	105,6	87,5	98,6	87,5	98,6	87,5	98,6	98,6	98,6	98,6	
	A	4 412	4 398	274	103,4	97,2	111,1	104,7	103,7	103,7	86,7	96,9	86,7	96,9	86,7	96,9	97,6	97,6	97,6	
	S	4 434	275	275	103,1	95,1	113,1	103,1	105,7	105,7	84,9	97,3	84,9	97,3	84,9	97,3	97,3	97,3	97,3	
	O	4 458	280	280	102,8	95,6	111,8	101,9	106,2	106,2	83,7	97,0	83,7	97,0	83,7	97,0	97,0	97,0	97,0	
	N	4 491	283	282	102,0	94,5	111,4	101,6	104,2	104,2	85,4	98,8	85,4	98,8	85,4	98,8	98,8	98,8	98,8	
	D	4 558	291	291	106,0	98,3	115,7	100,6	113,4	113,4	83,9	99,0	83,9	99,0	83,9	99,0	99,0	99,0	99,0	
2005	J	4 748	304	304	104,7	95,9	115,8	103,3	107,8	107,8	85,2	103,2	85,2	103,2	85,2	103,2	103,2	103,2	103,2	
	F	4 855	4 781	321	103,1	93,6	115,0	100,6	106,7	106,7	85,1	103,8	85,1	103,8	85,1	103,8	103,8	103,8	103,8	
	M	4 919	345	345																

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

² Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Deutschland
noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹

	Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe		Produktion ²						Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²						
	in 1 000		Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüterproduzenten		Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten		Bauhauptgewerbe		Ausfuhr		Einfuhr		
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
2003																	
J	6 191		99,6		102,4		88,1		97,5		85,6		100,9		55,5		45,7
F	6 182	6 178	100,1	99,2	104,1	102,3	89,0	87,6	97,5	97,0	81,1	83,8	100,9	100,2	55,5	165,1	44,8
M	6 172		98,0		100,4		85,8		96,1		84,8		98,7		54,0		45,1
A	6 160		99,8		101,7		87,6		98,9		86,7		100,6		54,3		44,5
M	6 151	6 156	97,8	98,5	100,3	100,2	85,7	85,7	95,8	97,6	84,9	85,7	101,3	100,2	54,2	163,5	44,1
J	6 140		98,0		98,8		83,8		97,9		85,5		98,7		54,9		44,5
J	6 130		99,7		102,2		88,8		97,8		86,5		99,4		55,7		44,1
A	6 117	6 124	98,3	98,8	99,9	100,9	85,5	86,9	97,4	97,2	83,7	84,9	98,1	99,2	55,6	168,1	44,2
S	6 107		98,5		100,7		86,6		96,3		84,5		100,2		56,7		44,0
O	6 097		100,3		102,3		87,9		97,7		84,5		100,3		55,6		44,4
N	6 090	6 094	101,0	101,0	104,4	103,8	87,8	88,1	97,0	97,6	83,9	84,5	97,8	99,6	56,9	170,4	45,8
D	6 084		101,6		104,7		88,7		98,2		85,1		100,6		57,9		45,2
2004																	
J	6 048		100,7		102,7		88,0		97,7		82,0		98,6		58,2		45,1
F	6 037	6 047	100,9	101,2	102,3	103,5	87,1	88,3	97,3	97,4	86,2	83,2	98,1	98,9	58,3	176,0	45,7
M	6 031		102,1		105,6		89,7		97,3		81,3		100,1		59,5		45,0
A	6 028		102,6		105,9		89,2		97,5		80,4		98,5		61,5		46,9
M	6 020	6 024	105,6	104,0	109,2	107,8	92,5	90,7	100,2	98,3	82,4	81,3	95,6	98,1	63,3	184,9	48,8
J	6 017		103,7		108,2		90,5		97,1		80,9		100,2		60,1		46,2
J	6 010		102,9		106,0		87,5		97,8		78,8		98,3		61,0		49,0
A	6 012	6 012	104,1	103,8	108,1	107,5	88,4	87,6	98,1	98,2	81,1	79,6	98,2	98,1	60,4	181,5	48,1
S	6 009		104,2		108,3		86,8		98,7		79,1		97,8		60,1		49,1
O	6 004		103,5		107,9		85,5		97,9		77,9		96,2		62,6		49,3
N	5 995	5 999	102,3	102,4	104,1	105,1	85,0	85,2	98,7	98,1	77,6	77,8	98,8	97,5	61,9	184,8	49,0
D	5 990		101,5		103,4		85,1		97,7		77,9		97,5		60,3		48,0
2005																	
J	5 974		105,1		107,3		87,9		100,7		80,5		98,5		63,2		49,9
F			104,0		106,2		87,7		101,1		72,7		98,9		62,3		48,6
M																	
A																	
M																	
J																	
J																	
A																	
S																	
O																	
N																	
D																	

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

² Außerdem arbeitstäglich bereinigt.